

Fragen und Antworten – FPÖ

Fragen VÖS	Antworten FPÖ
<p>Wollen Sie die Abgabenquote reduzieren und welche Höhe ist das angepeilte Ziel und bis wann soll es erreicht werden?</p>	<p>Die Abgabenquote ist ein Indikator für die Belastung der Bevölkerung durch den öffentlichen Sektor. Eine niedrige Abgabenquote ist Ziel freiheitlicher Budgetpolitik. Dabei geht es jedoch nicht allein um eine langfristige Verringerung der Belastungen, sondern auch um eine Neugestaltung der Einnahmen- und Ausgabenprogramme des Staates, um die wirtschaftliche Zukunft Österreichs bestmöglich zu sichern. Die Glaubwürdigkeit der Politik wird wesentlich gefördert, wenn die Regierung gezwungen ist, explizite Ziele bekannt zu geben und ihre Budget- und Steuerpolitik danach auszurichten. Wir bekennen uns zu einer deutlichen Verringerung der Abgabenquote, die im Rahmen einer Verfassungsbestimmung abgesichert werden muss. Sobald wir eine parlamentarische Mehrheit dafür finden, soll diese Maßnahme umgesetzt werden.</p>
<p>Wie stehen Sie zur Einführung von Vermögenssteuern und wie sollten diese gegebenenfalls aussehen?</p>	<p>Wir lehnen die Einführung von Vermögenssteuern ab.</p>
<p>Welche sonstigen Steuern bzw. Steuererhöhungen planen Sie?</p>	<p>Wir planen weder Steuererhöhungen noch die Einführung neuer Steuern. Um Mittel frei zu machen, ist es notwendig, die Reibungsverluste in der öffentlichen Verwaltung zu beseitigen. Es ist davon auszugehen, dass in Österreichs Verwaltung langfristig ein Einsparungspotential von 4 Mrd. Euro zu lukrieren ist. Die FPÖ unterstützt deshalb die im Rahmen des Verfassungskonvents bereits angedachten Bestrebungen einer umfassenden Bundesstaatsreform, welche die Strukturen für einen modernen und leistungsfähigen Bundesstaat verankern soll.</p>
<p>Welche Steuern wollen Sie senken bzw. ganz abschaffen?</p>	<p>Konkret fordern wir die Senkung des Eingangssteuersatzes von derzeit 36,5 auf 25 Prozent sowie des mittleren Steuersatzes bei Lohn- und Einkommensteuer unter Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage auf 80.000 bis 100.000 Euro Jahresbruttoeinkommen. Weiters fordern wir die Abschaffung der NoVA, denn die doppelte Besteuerung beim Autokauf stellt einen wesentlichen Kostenfaktor dar. Auf den Nettopreis wird die Normverbrauchsabgabe aufgeschlagen, die bis zu 16% betragen kann. Auf diese Summe wird dann noch die 20%ige Umsatzsteuer aufgeschlagen. Eine vom Kraftstoffverbrauch und dem Ausstoß von Schadstoffen abhängige Steuer ist zwar nach ökologischen Gesichtspunkten als sinnvoll zu bezeichnen, die in Österreich praktizierte Vorgehensweise der Doppelbesteuerung beim Autokauf ist jedoch, auch aus sozialen Gründen, abzulehnen.</p>

<p>Werden Sie die kalte Progression entschärfen und z.B. die Grenzen indexieren?</p>	<p>Die kalte Progression stellt eine schleichende Belastung aller Einkommensteuerepflichtigen dar und ist ein Grund dafür, weshalb die Steuereinnahmen des Bundes aus diesem Bereich stetig anwachsen. Ursache dafür ist, dass die Steuerbemessungsgrundlage im Zuge der Steuerreform 2009 nicht entsprechend angepasst wurde. Zur Eindämmung der kalten Progression, die unmittelbare Auswirkungen auf die Kaufkraft der Österreicher und auf die Binnennachfrage mit sich bringt, spricht sich die FPÖ für eine Inflationsanpassung der Stufen der Durchschnittsteuersätze bei der Ermittlung der jährlichen Einkommensbemessungsgrundlage aus.</p>
<p>Für wann streben Sie ein ausgeglichenes Budget an und wie stehen Sie zur Schuldenbremse?</p>	<p>Die FPÖ strebt ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget an. Wir wollen nachfolgende Generationen nicht mit weiteren Schulden belasten. Sinn und Zweck des Staates ist es, dem in ihm lebenden Staatsvolk unter der Perspektive der Nachhaltigkeit optimale Lebensbedingungen zu ermöglichen. Nachhaltige Maßnahmen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Sozialstaat sind nur finanzierbar, wenn der Staat erkennt, dass er entsprechend dem freiheitlichen Grundverständnis seine Aufgaben auf ein vernünftiges Maß einzuschränken hat. Ein Staat, der sich in einer makroökonomisch gesunden Situation befindet und gleichzeitig seine Bürger möglichst wenig belastet, ist ein starker und anerkannter Staat und gilt der FPÖ als anzustrebendes Ziel. Grundlage freiheitlicher Budgetpolitik ist die Entlastung des Bürgers. Niedrige Steuern sind Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft. Unsere Arbeitnehmer und Unternehmer müssen in hohem Ausmaß selbst über ihr Geld verfügen können, anstatt jeden zweiten verdienten Euro dem Staat abzuliefern. Durch die Selbstbeschränkung des Staates auf seine eigentlichen Aufgaben sinken die Kosten für die Verwaltung, können Steuern reduziert werden, und es entstehen mehr private Investitionen, mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für alle. Die Idee, eine sog. Schuldenbremse im Verfassungsrang zu verankern, ist grundsätzlich interessant, aber der damaligen Ausformung dieser Bundesregierung konnte man nicht zustimmen. Man hätte einen „Blankoscheck“ ausgestellt, ohne zu wissen, wo gespart werde.</p>
<p>Welche Sparmaßnahmen wollen Sie zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets setzen?</p>	<p>Siehe Punkt 6.</p>